

STAAT – SOZIOLOGIE:

Gesellschaft ist ständig in Bewegung
und besteht indem sie sich verändert.

Der Begriff „**sozialer Wandel**“ (zur Überwindung der Dualität von „sozialer Statik“ vs. „sozialer Dynamik“) = die Gestalt die die Dynamiken **in** und **zwischen** sozialen Systemen (Staat, Nation, Wirtschaft, Religion, Kunst, Kultur) annehmen. Das Augenmerk richtet sich auf **Prozesse** -> Systemveränderung Bsp. Revolution (Entwicklung aber auch ins negative möglich)

Weymann: Sozialer Wandel = Veränderung in der Struktur eines sozialen Systems -> auf **Makroebene** (Sozialstruktur und Kultur: Staat, Politik, Nation, Wirtschaft), **Mesoebene** (Institutionen, korporative Akteure und Gemeinschaften: Sozialpartnerschaft, private und öffentliche Wirtschaftsbetriebe, Kirche, NGO's, Parteien, Vereine) und **Mikroebene** (Personen und ihre Lebensläufe: Familienform, Lebensstil, Geschlechterverhältnis, Religiosität, Moralvorstellungen, Erziehungsmodelle)

Innovation des Staates als juristische Person:

Staat ist zugleich **Objekt** (Gegenstand) wie auch **Subjekt** (Akteur) von Veränderung.

Veränderung von **Personifizierung** des Staates durch Herrscherfigur (Napoleon, Hitler, Stalin) zu Staat als **juristische Person** -> Staat wird durch Verfassung institutionalisiert (Gesetz ist Zugriff des Herrschers entzogen).

Institutionalisierung von Rechtsnormen („Herrschaft“) für die Bevölkerung.

Drei-Elemente-Lehre: **Staatsgewalt** (heute: Rechtsordnung/-system), **Staatsvolk**, und **Staatsgebiet** machen den Staat aus.

Unterscheidung zwischen (Wohn-) „Bevölkerung“ und „Staatsangehörige“ relevant:

- 1. Juristisch:** Gesetze gelten für alle Menschen im Zuständigkeitsbereich (jedoch gibt es unterschiedlichen Rechtsstatus je nachdem ob jemand StaatsbürgerIn ist oder nicht.)
- 2. Soziologisch:** unterschiedlicher Rechtsstatus gestaltet Voraussetzung für Zusammenleben und soziale Beziehungen. Rechtsordnung ordnet das Zusammenleben, geht auf Diversität ein. (Je größer der Anteil der zugewanderten Bevölkerung, desto weniger entspricht die traditionelle Unterscheidung zwischen *Staatsangehörigen* und *Fremden* der sozialen Realität)

Dem politischen und rechtlichen System **mangelt** es an **Mobilität und Flexibilität** (= Leitprinzip der globalisierten Welt) -> Staat dient eher als Mittel zur Abgrenzung nach außen.

Weber: „Staat als Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen“ + „Herrschaft als Sonderfall von Macht“ = veraltete Ansicht

Ziel: Staat wirkt mit seinen Einrichtungen für die Bürger und nicht umgekehrt.

Wichtige Studien zum Thema Staat von **Durkheim, Engels, Gumplowicz, Marx, Oppenheimer, Tönnies, Weber** -> Ergebnisse bis heute wichtig obwohl sich Funktion, Merkmale und Verständnis seit 1980 stark verändert haben.

Soziologische Staatsmodelle:

- **instrumentalistisches** – umstürzen (Marx): Staat = Instrument der herrschenden Klasse
- **relaistisches** – verstehen (Weber): Staat hat Machtmonopol
- **pluralistisches** – entwickeln (Durkheim): Staat ist Mediator zum Nutzen der BürgerInnen

Staat als zentrale Macht und Heerschtsinstanz (Weber, Marx) bzw. Autorität (Durkheim) gegenüber seinen Einwohnern u. zugleich Schutzschirm gegenüber fremden Mächten (Herrschaft im Inneren zum Schutz des Eigentums – John Locke, Adam Smith („Staat schützt das Privateigentum der Besitzenden gegen das Begehren der Besitzlosen“))

Marx und Engels:

Staat als Instrument der **herrschenden Klasse** zur Durchsetzung ihrer Interessen und **Sicherung ihrer Macht** („organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen“)

Weber:

Staat ist ein auf **legitime Gewaltsamkeit** gestütztes Herrschaftsverhältnis -> er besteht wenn sich die beherrschten Menschen fügen.

Auf welche inneren Rechtfertigungsgründe und auf welche äußeren Mittel stützt sich diese Herrschaft?“

Reine Typen legitimer Herrschaft:

- rationale (Gehorsam gegenüber Regeln – bürokratische Herrschaft)
- traditionale (Gehorsam gegenüber Personen durch Achtung – patriachale Herrschaft)
- charismatische (Gehorsam gegenüber Personen durch Respekt– autoritäre Herrschaft)

Macht = Möglichkeit, innerhalb soziale Beziehungen um eigenen Willen durchzusetzen.

Herrschaft = Chance für einen Befehl Gehorsam zu finden.

Staat = Anstaltsbetrieb der das Monopol legitimen physischen Zwangs für die Durchführung der Ordnung in Anspruch nimmt.

Durkheim:

Staat fungiert als **gesellschaftliches Gehirn** (wächst im Laufe der Evolution) -> leistet Dienste für die Gesellschaft (Sicherung und Verbesserung der Lebensgrundlage) Je seltener der Krieg wird, desto mehr soll Macht des Staates eingeschränkt werden.

Die Gesellschaft schafft sich selbst und den Staat

Staat ist ...

- in seinen Strukturen wie Funktionen **veränderbar** (Staat als Prozess statt feststehende Gestalt aus Normen und Institutionen)
- etwas Gewordenes und Werdendes.
- durchläuft Lebenszyklen im Sinne von Kollaps oder Kontinuität (soziologisch wie juridisch)

Der Begriff Gesellschaft (beschreibt Kontinuität) fasst räumlich, zeitlich und inhaltlich mehr als ein Begriff von Staat fassen kann. Nicht der Staat begründet die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft den Staat.

Gleichsetzung der Begriffe ist also nicht möglich -> wichtig für soziologische Analyse: hier geht es meist um Teilgesellschaften, soziale Beziehungen reichen über die Grenzen hinaus, Staatsgrenzen erweisen sich für Fragestellungen als willkürlich und verzerrend, zugleich sinkt die Identifikation der Einwohner mit dem Staat.

Klimawandel, Armut und Bevölkerungswachstum verlangen nach Kooperation, Muster von **nationalstaatlich konzipierten Maßnahmen** sind **unzureichend** und hinderlich. **Lösung = Transnationalismus**, Institutionen müssen über Staatsgrenzen hinaus wirken (EU = Schritt in trans-nationale Zukunft)

Soziologie muss Container-Theorie der Gesellschaft hinter sich lassen -> globales Verständnis und Verhalten der Soziologie ist gefragt.

Was bringt die Zukunft:

Wandel von dem Begriff der Industriegesellschaft zu **Wissens- oder Informationsgesellschaft** („nachindustrielle Gesellschaft“) -> Daten, Information und Wissen spielen eine wichtige Rolle. „Wissen als Fähigkeit zum sozialen Handeln“

Selbstverständlichkeiten, **Traditionen** und **Normen verlieren** in einer Wissensgesellschaft an **Bedeutung**, da Wissen durch Enttäuschungs- und Veränderungsbereitschaft im Umgang mit eigenen Vorstellungen und Erwartungen geprägt ist. (Produktion von Wissen beinhaltet also auch Nichtwissen und Unsicherheit) -> **Infragestellen der Regeln und**

Selbstverständlichkeiten der Gesellschaft -> Entwicklung neuer Regeln -> **Oszillation** zwischen **Deregulierung** und **Neuregulierung**.

Der Staat ist abhängig von sozialen Prozessen (Interessen, Erwartungen, Strukturen)

Instrumente von **Governance** (Staat reguliert) werden immer wichtiger je schneller der soziale Wandel vor sich geht.

Neoliberale Wirtschaftspolitik (Deregulierung) dominiert immer mehr auch die Sozialpolitik fast aller Staaten.

21. Jahrhundert verlangt nach einer Erfindung ähnlich der Entpersonalisierung des Staates im 19. JH.

Sozialer Wandel (Transformation von der Industrie- zur Informationsgesellschaft) führt dazu, dass staatliche Steuerungsprozesse, neben der Bürokratie auch durch Märkte und Netzwerke beeinflusst werden.

Gefordert ist vor allem eine bessere Nutzung der Chancen, welche das Reziprozitätsprinzip (beruhend auf Gegenseitigkeit) zur **Organisation größerer Staaten** bereit hält. (zB. Zwischen NGOs und staatlichen Behörden) = Weg zu **kooperativer Staatsform**, nicht durch Abgrenzung bestimmt.

Das „System der Marktwirtschaft“ behandelt die „Gesellschaft als Anhängsel des Marktes.“ Karl Polanyi

STAAT – POLITIKWISSENSCHAFTEN:

Entstehung des Modernen Staates ist eng verbunden mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise und politischen Revolutionen (-> Entstehung parlamentarisch-demokratischen Systemen)

Kapitalismus verlangt nach der **Sicherung des Eigentums** gegenüber der Demokratie (-> Begründung des modernen Staates)

Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts führt zu zunehmender Verschleierung der Eigentumsfrage im Zusammenhang mit dem Staat und dessen politischen Interventionsmöglichkeiten in der Ökonomie.

Wissenschaftliche Analyse des Staates baut auf Theorie, Empirie, die historische Dimension und Vergleich versch. Gesellschaften.

Schlüsselbegriffe:

Gesellschaft = Gesamtheit der Einrichtungen und Beziehungen des menschlichen Zusammenlebens (früher = geselliges Beisammensein)

John Locke: Gesellschaft = Verbindung, die die Menschen in Form eines **Gesellschaftsvertrages** eingehen -> Gesamtheit umfasst einzelnen Menschen sowie von ihnen geschaffene Einrichtungen.

Adam Smith: Gesellschaft unterscheidet sich vom Staat und seinen Organen. Er unterscheidet weiters **verschiedene sozialer Klassen** innerhalb der Gesellschaft (Gesellschaft = einzelne Menschen, sozialen Klassen + Institutionen)

Staat = organisierte Gewalt/Macht -> prinzipielle Möglichkeit der politischen Einflussnahme der Masse der Bevölkerung

Staat wie er heute existiert (seit 16./17. Jh.) im Zuge von Kapitalismus und Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft entstanden -> Aufgabe im 19. Jh. Einzelinteressen im Sinne der Interessen des Staats- bzw. Volksganzen ausgleichen (oder wenn nötig unterdrücken).

Verfassung = eine Summe von **rechtlichen Vorschriften**, die das politische Zusammenleben von Menschen in einem Staatswesen regelt. (Entstehung verknüpft mit gesellschaftlichen u. politischen Auseinandersetzungen)

Thomas Paine formuliert (1791/92) Vorstellungen von republikanischem Staat, der an Interessen der **BürgerInnen orientiert** und von ihrem **politischem Willen** getragen ist. Staat, Verfassung und Recht sind mit Lebensbedingungen der Menschen verknüpft.

Republik = öffentliche Sache (die öffentliche Angelegenheit des öffentlichen Besten) -> Regierung die nicht öffentliche Sache zu ihrem Zweck macht ist keine gute Regierung. Verfassung ist Werk des Volkes und geht der Regierung vorher -> **Regierung ist Geschöpf der Verfassung** (Jede Form der persönlichen Herrschaft sind somit Formen von Sklaverei)

Politik und Ökonomie, Staat und Eigentum

Englische Revolution (1640-1660)

Frage des allgemeinen Wahlrechts, **Furcht der Besitzenden** -> sind die Massen der Habenichtse im Parlament vertreten, können sie Gleichheit an Besitz herstellen!

Debatte beeinflusst Nordamerika und Europa:

- „**Heiligkeit des Eigentums**“ wird in Verfassung verankert.
- Wenn Minderheiten geschützt werden sollen, dann vor allem die Viel-Besitzenden
- Moderner Staat wird zum **Schutz des Eigentums** und zur Abwehr der wahren Volksherrschaft entwickelt.
- Massen dürfen am Staat nur teilhaben, wenn sie die Viel-Besitzenden dadurch nicht beeinträchtigen.

John Lock

Ist der Mensch frei und selbstständig (quasi König) ist er den Übergriffen anderer ausgesetzt (-> jeder ist im gleichen Maße König) darum unterwirft er sich der Herrschaft und dem Zwang einer **anderen Gewalt** -> gegenseitiger **Schutz des Lebens**, der **Freiheit** und des **Vermögens** (alles zusammen = **Eigentum**)

-> Besitzenden schließen sich zum Schutz ihres Eigentums zu einem Staatswesen zusammen und genießen dessen Rechte und Vorzüge, Besitzlosen stehen außerhalb dieser Gesellschaft und sind nur ihren Maßnahmen und Regeln unterworfen.

Adam Smith

Der Reichtum von wenigen setzt die Armut von vielen voraus und führt auch zur **Empörung der Besitzlosen** -> Staat wurde zur **Verteidigung der Reichen** gegen die Armen eingeführt.

Marx / Engels

Staat = die Form der Organisation die der **Bourgeoisie** zur gegenseitigen **Garantie ihres Eigentums** und ihrer Interessen dient + gemeinschaftliche **Geschäfte** der Bourgeoisie verwaltet

Staat = Instrument der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse zur **Unterdrückung und Ausbeutung der niederen Klasse**

Kapitalismus wird nicht durch außerökonomische Gewalt aufrechterhalten, sondern **reproduziert sich** (einmal etabliert) stetig **selbst** („der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter“)

Erinnerungen an den Wohlfahrtsstaat

Vollbeschäftigung (in West-, Nord- und Zentraleuropa) auch für Jugendliche führt in späten 1960er/ frühen 1970er Jahren zu spezifischer Jugendkultur (Unabhängigkeit von den Eltern) = **Pop-Kultur**, signalisierte **egalitäre Verhältnisse** (kapitalistische Verhältnisse bleiben jedoch bestehen -> Wohlstand führte zu Konsum) Welt schien vor allem für die Jungen als eine Welt der enormen Reichtümer, die nur „richtig“ verteilt gehören (**Welt = gestaltbar** zum Besseren hin) -> Bewusstsein war **Gefahr** für kapitalistisches System

Wirtschaftskrise

Die **1973** folgende **Weltwirtschaftskrise** stellte die „Normalität“ kapitalistischer Verhältnisse wieder her: Massenarbeitslosigkeit, Zerstörung sicherer Lebensperspektiven, Drücken der Löhne, Abbau sozialer Sicherheit.

Kapitalismus geht aus Krisen **gestärkt** hervor. Vorstellung änderte sich wieder hin zur **Beschränktheit der Ressourcen** und zur Unmöglichkeit der Weltgestaltung. -> Unsicherheit des Arbeitsplatzes verhindert längerfristige Lebensperspektiven und macht untätig und gefügig.

„Erinnerung birgt stets die Möglichkeit der abermaligen Aktualisierung, darum ist der Kampf um die „**richtige**“ **Auffassung der historischen Geschehnisse** immer von Bedeutung“ Johann Dvorak S. 43

Staat ist neben der Sicherung des Reichtums der besitzenden immer auch ein **Instrument**, das die **Besitzlosen** zur Durchsetzung ihrer **Interessen** in Anspruch nehmen konnten (allgemeines Wahlrecht). Jedoch wird die Bevölkerung in politische Resignation getrieben, wenn durch die Ausübung des Stimmrechts die materiellen Lebensbedingungen nicht verbessert werden -> Neigung auf Wahlrecht überhaupt zu verzichten.

Neokonservative Vorstellung des Staates seit 1980er Jahre:

- „**Mehr privat**, weniger Staat!“

- **Abbau der Staatsverschuldung** (Öffentlichkeit hat keine genauen Einblicke in Kreditsummen, -konditionen, -laufzeit sowie Einsatz des Geldes)
- „**gesund schrumpfen**“ des Staates sowohl im Bezug auf Personen des Staatsapparates (Beamte) als auch die Staatsausgaben und Staatstätigkeit insgesamt (-> **Steuerreformen** oft nur zugunsten der Reichen)

Geschrumpft werden dabei **zivile Staatstätigkeiten** die der großen Zahl der Bevölkerung zugute kommen: öffentliche Dienstleistungen, Kindergärten, Schulen, Unis, medizinische Versorgung, Verkehr, Wohnwesen.

Erhöht werden die Ausgaben für **Sicherheit**: Militär, Polizei, Strafjustiz

„Wesentlich für neokonservative Politik ist die Schaffung eines permanenten

Kriesenbewusstseins.“ Johann Dvorak S. 45

-> Kernkraft, Ozonloch, Drogenbarone, völkische Überfremdung...dagegen muss aufgerüstet werden -> Begründung für **Umverteilung der Staatsfinanzen.**

Es geht um **kulturelle Krisen**: wenn Sitten und Anstand etc. wieder hergestellt sind, werden alle Probleme gelöst sein. Zuvor muss der Staat jedoch aufhören die Schwachen und Schlechten zu fördern und die Starken zu schwächen -> er muss **freies Spiel der Kräfte** im Rahmen der **freien Marktwirtschaft** wieder ermöglichen.

Der Neokonservatismus unter Margaret Thatcher

„Wer aufhört, weitreichende politische Zielsetzungen zu haben, wer einmal daran glaubt, dass es keinen Sinn mehr hat, sich mit anderen zusammenzutun um für die gemeinsamen Interessen einzutreten, weil es diese (...)angeblich (...)nicht mehr gibt, ist den scheinbar naturwüchsigen Geschehnissen des Kapitalismus hilflos ausgeliefert. Auffällig ist, dass die sogenannte **Entideologisierung** sich ausschließlich auf die **politische Linke** bezogen hat und bezieht, während die **Rechte** sich parallel dazu in rabiater Weise „**re-ideologisiert**“ und „**re-politisiert**“ hat.“ Johann Dvorak S. 46 ff.

Neokonservativen setzen auf **Propaganda** und den effizienten Einsatz politischer Apparate (welche bei den Linken aus Anpassung an den „Zeitgeist“ abgebaut werden sollten),

Schwächung der Gewerkschaften (von sozialdemokratischen Parteien hingenommen -> Hang zur „Modernisierung“)

Welt des **Luxus** und der **Mode** wird als **wahre Wirklichkeit** dargestellt, an denen die Tüchtigen Anteil haben können.

Wer keinen Anteil hat ist ein Versager mit dem moderne (modische) Parteien besser nichts zu tun hat.

„In dieser modernen Gesellschaft der Individuen, in der Risiko- und Freizeit-Gesellschaft, ist das Leben eine Abfolge von **Chancen und Risiken** (die eben individuell genützt, vermieden, versäumt werden) (...)“ Johann Dvorak S. 47 ff.

Die moderne **Politik** vermag da **wenig einzugreifen**. Führt zu einer antidemokratischen Einstellung: Politik vermag nichts mehr für die Massen zu leisten. -> Anstieg der Zahl der **Nichtwähler**

„Insgesamt konnte so durchaus der Eindruck entstehen, Politik besteht wesentlich in einer allgemeinen **Verschlechterung** der materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung bei gleichzeitiger Wahrung der Ämter der politischen Mandatäre.“ Johann Dvorak S. 48

Nationalstaaten und transnationale Organisationen (Beispiel EU)

Übernationale Staatswesen entstehen indem die Nationalstaaten ihre Souveränität auf der Grundlage von Verträgen zwischen den Nationalstaaten preisgeben.

In Zeiten der Globalisierung soll in wirtschaftliche Vorgänge von Seiten der Politik nicht mehr eingegriffen werden, denn angeblich gilt:

- **Unternehmen** können sich durch sofortige **Abwanderung** allen ihre Profite beeinträchtigenden politischen Maßnahmen entziehen.
- Einzelne Nationalstaaten können gegenüber den global operierenden Unternehmen weder auf nationalstaatlicher noch auf der supranationalen Ebene etwas unternehmen, weil sie in Standortkonkurrenzen untereinander stehen.

Diese „**staatliche Ohnmacht**“ entbehrt jedoch jeglicher empirischer Grundlage. Es gib keine relevante Abwanderung des Kapitals aus reichen, entwickelten Industrieländern (Flexibilität der Unternehmen ist nicht so groß wie behauptet)

Warum EU?

Ähnlich wie bei der Entwicklung zum modernen Staat, ist auch die Entwicklung zum supranationalen Staat wenig nach dem freien Willen und Interessen der Mitglieder konstruiert worden. (von niemanden gewollt, aber doch für einzelne Interessensgruppen von Nutzen)

Die militärische Organisation der **NATO**, **Kohle und Stahl** in ausreichender Menge, **Feihandelszone** in Europa, Zusammenarbeit in Bereichen der **Atomforschung** und – **entwicklung** deuten auf **Aufrüstung** und **Krieg** hin.

Wichtig war auch die Eindämmung des allzu mächtigen Deutschlands.

Die **Folgen** der neoliberalen EU-Politik: **Deregulierungen** (Privatisierung von Post, Telefon und Bahn -> Infrastrukturunternehmen mit Steuermitlen geschaffen, erwirtschaften nun private Profite) oder **rechtliche Maßnahmen** (Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Frauen) konnten nur durchgeführt werden, weil man sich auf verbindliche europäische Rechtsnormen berufen könnte (wäre auf nationaler Ebene nicht möglich gewesen).

Komplexe politische Vorgänge auf der **europäischen Ebene** sind für die Bevölkerung **schwerer durchschaubar** als auf nationaler Ebene (-> Verschleierung) und es ist noch schwieriger dafür politische Parteien auf nationaler Ebene verantwortlich zu machen.

EU = Wirtschaftsunion, sie hat keine Ambitionen als supranationaler Sozial- und Wohlfahrtsstaat. Sozialrechtliche Normierung führt oft eher dazu, dass nationale Standards unterboten werden. Die **Interessen der Unternehmer** und wirklich Reichen sind jedoch gewahrt.

Schlussfolgerung:

In den vergangenen Jahrzehnten ging es nicht mehr um Reformtätigkeit zwecks Verbesserung der allgemeinen Lebenslage, sondern eher um dauerhafte **Zerstörung** der vorhandengewesenen **Strukturen des Wohlfahrtsstaates**.

Eine empirische Analyse vorallem in Bezug auf dem Zusammenhang von **Ökonomie** und **Politik** und die historische Perspektive sind von nöten (empirische Überprüfung theoretischer Aussagen).

Bsp. **Finanzkrieze** 2008-2010: alle wesentlichen **Rettungsmaßnahmen** kamen von den **Nationalstaaten** und nicht von den Organen der supranationalen politischen Organisationen. Es wurden **Finanzmittel mobilisiert**, die in den Jahren davor angeblich nicht vorhanden waren um Bildung, Gesundheit, Pensionen usw. zu finanzieren.

STAAT - KSA:

Grundsätzliche Erörterung:

Im Mittelpunkt der KSA steht der Mensch als handelndes Subjekt (sozial agierendes Wesen -> Interaktion mit anderen Menschen). Wir können nicht alleine überleben. Schlüsselwort:

Interessensabgleich über Wege der Kommunikation (Sprache, Gestik, Mimik). Welche Dekodierungs- und Verständnisparameter in der Interaktion zum tragen kommen, wissen wir unbewusst (durch Sozialisation erlernt). Gemeinsam tastet man sich (gegenseitiges Sich-Abtasten) dann durch das ausdrücken von Wünschen und erkennen von Grenzen an einen

Kompromiss heran. -> Jegliches Interagieren birgt eine gewisse **Konflikthaftigkeit**, da die Bedürfnisse und Interessen der Interagierenden nicht immer deckungsgleich sind. (vgl. kategorischer Imperativ von **Immanuel Kant**: „(H)andle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie allgemeines Gesetz werde“)

Diese Wechselbeziehung in der man sich zum anderen begibt, dieses Übereinkommen gewinnt besonders in einer multi- und interkulturellen Welt mit **verschiedenen Sozialisationen** (verschiedene **kulturelle Backgrounds**) an Bedeutung.

Letztlich dient alles Kommunizieren der **Bedürfnissbefriedigung** (grundlegende Bed. aber auch Bed. wie Ansehen, Akzeptanz), damit diese Befriedigung funktioniert muss **Einigkeit** über die Deutung der **Zeichen der Kommunikation** herrschen – muss es „**Spielregeln**“ geben (Bsp. Völkerrecht, Straßenverkehrsordnung). Das Entwerfen von konsensfähigen Regeln ist sehr **mühsam** (vorallem bei zusätzlichem Einfluß durch zB. Lobbying oder einzelne Personen. EthnologInnen beschäftigen sich mit diesen Regeln die komplexe oder einfache Gesellschaften zu allen Zeiten und Orten aufgestellt haben um das Zusammenleben der Menschen zu strukturieren.

Staat ist nichts anderes als eine spezielle, sehr komplexe Form eines sehr großen **politischen Gemeinwesens**. Heute gibt es in der KSA im Vergleich zu früher (Beschäftigung mit vor- und nicht-staatlichen Gesellschaften -> viel face-to-face Kommunikation -> Möglichkeit einer holistischen Sicht auf die Gesellschaft) jede Menge **Hochkulturforschung** (+**Subkulturforschung**).

Die Regeln zur Bedürfnissbefriedigung in einem Staat sind das **Rechtssystem** und die **Normen**, die von gesetzgebenden Institutionen geschaffen und nötigenfalls von Organen der Rechtspflege durchgesetzt werden.

Entstehung staatliche Strukturen (Entwicklung vom Einfachen zum Komplexeren)

Strukturierung des Gemeinwesens als „**segmentäres System**“ basierend auf organisatorische Grundprinzipien:

a) **Verwandtschaft**

b) **Territorialität** (Haushalt, Dörfer)

c) willentlicher **Zusammenschluss** („Assoziation“) zB. Gefolgschaft einzelner Führer. Diese Ebenen sind nicht statisch und können sich vermischen.

Mit der zunehmenden Größe des Gemeinwesens wurde auch die **Spezialisierung** der Mitglieder und **Gewaltentrennung** wichtig -> Entstehung von Hierarchien, komplexen Verwaltungssystemen, Besteuerungsmechanismen, Massenorganisation von Arbeit zur Errichtung von Großbauten (zB. Pyramiden) -> alles nur möglich durch die **Zentralisierung des Gemeinwesens** und ihrer politischen Stabilität.

Archäologen und Ethnologen arbeiten zusammen um die Organisation von Gemeinwesen auf Grund von Ausgrabungsfunden zu rekonstruieren. (Herrschaftsgebäude weist zB. auf Zentralgewalt hin) -> Entwicklung von Staat steht eng in Verbindung mit der Entstehung von **Städten** (-> Kulturanthropologie). Die Sozialanthropologie beschäftigt sich mit den Faktoren der Verstädterung auf Kosten der Marginalisierung der ländlichen Gebiete und die Auswirkungen auf den Staat („**urban anthropology**“).

Moderner Staat und andere Formen politischer Organisation

Besonders interessant ist die Wechselwirkung zwischen dem modernen Staat und anderen einfacheren Formen politischer Organisation (zB. ethnische Minderheiten).

Moderner Staat besitzt eine **Zentralinstanz** die das **Monopol physischer Gewaltanwendung** als letztes Mittel zur Herstellung von (erzwungener) Gemeinsamkeit beansprucht. (Krieg nach innen und außen zur Durchsetzung der Ordnung)

In meisten **Kolonialgebieten** gibt es (National-)Staaten und eine ethnisch extrem heterogene Situation mit verschiedenen **Subgruppen**, die keine Anbindung an die Zentralmacht wollen -> **Konflikt**: Unabhängigkeitsbestreben, Befreiungsbewegung, Aufstand.

„(Es stellt sich) die Frage nach der Notwendigkeit einer zentralen politischen Führung bei der Existenz einer **ausbalancierten Sozialstruktur, egalitären Zuständen** zu Ressourcen und Entscheidungsfindungsprozessen und einer Erziehung zu **Friedfertigkeit** und gegenseitiger **Akzeptanz**.“ Hermann Mückler S. 65

Transnationalismus und Staat

In der globalen Welt ist Staatlichkeit wesentlich durch **transnationale Prozesse** beeinflusst. Erforschung unterschiedlicher Formen von Staatlichkeit sowie der **globalen Zirkulation** von Personen, Ideen und Objekten. Bsp: Handlungswirksamkeit von unterschiedlichen (sozialen, politischen, ökonomischen) Ideen in unterschiedlichen Lokalitäten.

Beispiele für Beschäftigung mit dem Thema Staat in der KSA

1) Big-Men-Gesellschaft

Papua-Neuguinea = relativ junger Staat mit der größten ethnischen und linguistischen Diversität auf dem Globus (über 700 Regionalsprachen). Die hunderten ethnischen Gruppen sind weitgehend **autark** und haben wenig bis keinen Bezug zum Staat. Die Versuche die Konflikte zwischen den kleinen politischen Einheiten durch ein Nationalgefühl zu reduzieren sind gescheitert, **Korruption, Kollusion** (unerlaubtes gemeinsames Vorgehen zum Schaden eines Dritten) und **Nepotismus** prägen die politische Elite.

Wantok-System (von engl. „one talk“) = Hindernis für Entwicklung übernationaler Identität und Identifikation mit den Bedürfnissen des Gemeinwesens.

Partikularismen beeinflussen auch Aufbau einer Infrastruktur (keine durchgehende Straße von Süd- zur Nordküste).

Diese vormodernen Formen **politischer Organisation** werden als „**diffus**“ bezeichnet d.h., dass das politische Gemeinwesen in mehrere voneinander relativ unabhängige Ebenen politischen Handelns zerfallen.

Diese kleinen Gemeinwesen sind von **Instabilitäten** gekennzeichnet -> Big-Men schöpfen ihre Autorität und **Legitimität aus Leistung** (Tapferkeit, Redetalent, Jagdglück, mehrere Frauen, Besitz von Gütern + Verteilung) es handelt sich also um einen **erworbenen Status**.

2) „Ancestral Polynesian Society“ (Buch von **Irving Goldman** zur Entwicklung von einfacher zu komplexer Form gesellschaftlicher Organisation)

In der polynesischen Gesellschaft wird der **Status ererbt** was Stabilität und somit auch länger dauernde Projekte ermöglicht (Herrscher ist oft ein Leben lang an der Macht).

In Polynesien gab es in vorkolonialen Zeiten eine **geschichtete, stratifizierte Gesellschaft**.

Das Ansteigen der Bevölkerung und klimatische Veränderung führten zu verstärkter Produktion von Knollenfrüchten was wiederum den **sozialen Wettbewerb** ankurbelte -> Statusrivalität -> Ausprägung der **Klassengesellschaft** -> Auswanderung + Erschließung neuer Gebiete

Es wurde ein **religiös-politisches Zentrum** geschaffen.

Irving unterschied **3 Entwicklungsstufen** der staatlichen Organisation:

1) **traditionelle Form**: religiöses System, von Führungspersönlichkeit gekennzeichnet, welche durch Seniorität (Vor- und Anrecht des Älteren) und „mana“ (je mehr Macht desto mehr mana) legitimiert war. Führer hat sowohl **religiöse** als auch **(real-)politische Funktion** (-> Herrsche als Mittler zu den Ahnen, aber trotzdem Bodenbauer wie die anderen)

2) **offene Gesellschaft**: ist stärker **politische** und **militärisch** als religiös. Wichtig war realpolitische Unterscheidung zwischen ererbtem und erworbenem Status. **Stabilität** durch **säkulare** (weltliche) **Machtausübung** getragen. Jede Familie hatte Platz bzw. Vertretungsstimme im Orts- oder Territorialparlament auch die Familie des Häuptlings hatte nur eine Stimme -> „**Quasiparlamentarismus**“.

Rituell-religiöse Kompetenzen wurden auf **Priester** übertragen.

3) **stratifizierte Modelle**: = Kombination aus traditioneller und offener Gesellschaft, gekennzeichnet durch klare Unterscheidungen im Statussystem (politische wie ökonomisch) -> Auswirkung auf Alltagsleben.

Herrscher besaßen gesamten **Grund und Boden** (verpachtet diesen), sein jüngerer **Bruder** war meist **Oberpriester**, die Gemeinen waren landlos.

Erinnert an politische Strukturen einer **absolutistischen Staatsform**.

Macht = zentral organisiert, es gab umfangreiche Arbeitsteilung, Institutionen zur Überwachung der landwirtschaftlichen Produktion, der Besteuerung und allgemeinen Verwaltung.

Die dargestellten Formen traten nie rein sondern meist in **Mischformen** auf. „Erkennbar ist der grundsätzliche Trend, dass mit zunehmender Komplexität der Gesellschaft die Macht differenzierter aber gleichzeitig absoluter wird.“ Hermann Mückler S. 71

-> der politisch-religiöse Häuptling wandelt sich zu einem „**Berufspolitiker**“, der absolute Kontrolle und Macht hat und die sakrale Komponente ausgelagert hat.

STAAT - KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT

Öffentlichkeit (besonders die politische Ebene von Öffentlichkeit) und öffentlicher Diskurs sind existenzielle Bestandteile von Demokratie und damit Bestandteil des heutigen Verständnisses der Staatsform. Die demokratische Staatsorganisation beinhaltet die

Beteiligung der Bürger an staatlicher Herrschaft: Durch **öffentlichen Diskurs** sollen Meinungen und Interessen der Bürger diskutiert werden. Zugleich besteht

Rechenschaftsnotwendigkeit der Politiker (kommunizieren, vertreten und argumentieren der Machtausübung). Auch Themen und Probleme sollen in der Öffentlichkeit kommuniziert werden um **demokratische Lösungen** zu finden.

Wurzeln von Öffentlichkeit bereits im antiken Griechenland (öffentliche Debatten am Marktplatz – der **Agora**)

Das heutige Verständnis von Öffentlichkeit (öffentlicher Diskurs unter Partizipation der Bürger) geht auf die **Aufklärung** im **18. Jh** und die **französische Revolution** zurück. „Die **Freiheit** der **Meinung**, der **Rede**, der **Publizistik** und der **Versammlung** sind hier Bedingungen der Emanzipation. Sie bedingen die Konstitution einer Bürgergesellschaft, die sich über öffentliche Kommunikation und das politische Handlungssystem **selbst bestimmt**.“ Imhof 2006 S. 76

Durch öffentliche Kommunikation soll es zu einer **Übereinkunft** der Bürger kommen -> schafft **Verbindlichkeit** und ermöglicht so das Zusammenleben und den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Demokratie war ursprünglich Mittel zum Zweck -> Verständnis verschiebt sich zum Selbstzweck der Demokratie.

Öffentliche Ausverhandlungsprozesse sind (jedoch nach wie vor) eine konstituierende Bedingung demokratischer Herrschaft.

Theoriekonzepte von Öffentlichkeit (Öffentlichkeitsmodelle)

Öffentlichkeit = nicht einheitlich definiert

4 zentrale Theorieströmungen unterscheiden sich durch:

- Wer sind die **Teilnehmer** an der Öffentlichkeit?
- In welcher Form passiert die **Partizipation**?
- Welche Rolle haben die **Medien**?
- Was ist das **Ziel** von Öffentlichkeit?

1)repräsentative liberale Theorie:

Öffentlichkeitsmodell = „**Spiegelmodell**“, Vertreter = **Luhmann**

Teilnehmer = gesellschaftliche Elite und **Experten**, sollen **Interessen** der Bürger **vertreten**, welche im Diskurs eingebunden sein sollen (Partizipation ist jedoch nicht notwendig).

Vertreter werden durch **Wahlen** bestimmt.

Medien = Informationsplattform

2)partizipatorisch liberale Theorie:

= etwas **offener** -> mehr Transparenz

Öffentlichkeit wird als „**Marktplatz der Ideen**“, nicht nur die gesellschaftliche Elite (auch Bürger aus der Peripherie) sollen partizipieren. Wesentlich ist die **Vielfalt** an Information und Meinungen im öffentlichen Diskurs -> Medien sollen möglichst vielen Möglichkeiten zur **Partizipation** bieten. Exklusion gesellschaftlicher Gruppen wird dezidiert abgelehnt.

Soziale Bewegungen und eine **aktive Zivilgesellschaft** sind ein wichtiger Bestandteil.

3)diskursive Theorie:

Öffentlichkeitsmodell wird auch **deliberatives Modell** (Deliberation = Beratschlagung) genannt = aufbauend auf partizipatorisch liberaler Theorie -> neben **Partizipation** unterschiedlicher Akteure geht es speziell um die Frage nach der **Qualität** und der **Rationalität** der Öffentlichkeit.

Es soll im Diskurs ein **Austausch** unterschiedlicher Argumente (es ist unerheblich von wem das Argument stammt) stattfinden und Probleme gelöst werden -> **Konsens** ist wichtig

Vertreter = **Habermas**

Voraussetzung = **Diskursbereitschaft**, gegenseitiger **Respekt** und geteilte Normen und Werte.

4) konstruktivistische Theorie:

es geht vor allem um die Frage von **Machtverhältnissen** zwischen den Akteuren im öffentlichen Diskurs (es wird nicht davon ausgegangen, dass alle im Diskurs gleiche Chancen haben)

Medien sollen **Machtstrukturen aufbrechen** und möglichst alle am Diskurs teilhaben lassen. Ziel ist ein **offener Zugang** zur Öffentlichkeit unabhängig von Faktoren wie sozialer Status, Religion, Geschlecht

Medienöffentlichkeit

Moderne Gesellschaften = **Mediengesellschaften** -> Institutionalisierung der Medien (Medien durchdringen die Gesellschaft)

Öffentlichkeit wird massenmedial vermittelt -> **massenmediale Öffentlichkeit** wird zu einer unverzichtbaren Institution, auf die die Gesellschaft aufbaut. Medien nehmen

Vermittlerfunktion zur Gewährleistung des sozialen Zusammenlebens ein -> Reduktion sozialer Komplexität. Medien vermitteln aber auch zwischen den Bürgern und ihren Vertretern -> „**Problematisierungsfunktion**“ = Input den der Staat und das politische System (legislativer und exekutiver Kern) über die zentralen Themen des öffentlichen Diskurs erhält. Problematisierung kann von politischem Akteur oder den Medien selbst erfolgen. Wer

Definitionsmacht besitzt kann sich Gehör verschaffen -> Definitionsmacht wird so in politische Macht umgewandelt. **Medien** können so **bestimmen** worüber wir nachdenken. Medien können die **Definitionsmacht** auch **ausgleichen** -> Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: soll alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu Wort kommen lassen -> demokratiepolitisch wichtig vor allem bei zunehmender Ökonomisierung der Massenmedien, bei der die Definitionsmacht der prominenten Akteure zunimmt und jene der nicht-prominenten abnimmt.

Unterschiedlicher Zugang zum öffentlichen Diskurs hat technische (technische Ausstattung), ökonomische (finanziell) und soziale (Lesekompetenz) Gründe (vor allem Kluft zwischen Industriestaaten und Staaten der Dritten Welt aber auch innerhalb der Industriestaaten).

Transnationalisierung von Kommunikationsarenen

Es kommt zu einer **Entgrenzung** von Kommunikationsarenen -> die ursprüngliche räumliche Bindung von Öffentlichkeit an nationale Grenzen wird aufgebrochen. Die Möglichkeiten für transnationale Öffentlichkeitsräume sind durch **Satelliten TV** und **Internet** gegeben.

Die EU ist zwar ein transnationaler Wirtschaftsraum die transnationale Öffentlichkeit ist jedoch erst im Entstehen (Problem der Sprache).

Institutionalisierungsformen von Mediensystemen

Kommunikationsarenen sind vom jeweiligen Mediensystem eines Staates bestimmt.

Zentrales Thema = **Kommunikationsfreiheit** vor allem in nicht demokratischen Staaten.

In demokratischen Staaten ist ein freies, offenes Mediensystem Voraussetzung für Bildung einer politischen Öffentlichkeit, an der sich alle Menschen auf rationale Weise am Prozess der Meinungs- und Willensbildung beteiligen können.

Kommunikationsfreiheit umfasst: **Meinungsäußerungsfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit** (heute Medienfreiheit).

Die **Medienpolitik bestimmt** die Gestaltung der massenmedialen Öffentlichkeit und die journalistische Arbeit selbst (**Staat determiniert** die Öffentlichkeit).

Je nach Staatsform finden sich andere Mediensysteme.

Siebert, Peterson, Schramm klassifizieren:

1) **autoritäre Institutionalisierung** (in politisch rechten wie auch linken Staaten)
Staat kontrolliert die Medien und nutzt sie zur **Machtstabilisierung**, statt medialer Vielfalt gibt es **Zensur** und Verbot.

2) **totalitäre Institutionalisierung** (in rechten wie linken Diktaturen)
die **Kontrolle** ist hier noch radikaler: Zensur, Postverbot, Überwachung und Einstellung von Medien + Produktion von gewünschten Medieninhalten (**Propaganda**), Meinungsvielfalt gibt es nicht.

3) **liberale** (auch wirtschaftsliberale) **Institutionalisierung**
Medien ausschließlich im **privaten Besitz**, Regulierung durch den Markt (**Gewinnmaximierung**), Staat gibt Rahmenbedingungen vor. Problem: **Monopolbildung**, Machtbündelung und Abhängigkeit, Medien werden vom Kulturgut zum **Wirtschaftsgut** -> Erfolge werden auf Publikumsmarkt und Werbemarkt verlangt (Zusammenhang) inhaltlich-qualitative Kriterien sind nicht mehr ausschlaggebend (Medienproduktion orientiert sich an werberelevanter Zielgruppe -> die nicht-werberelevante Zielgruppe = medial unterversorgt)

4) **demokratisch kontrollierte** (auch sozialverantwortliche) **Institutionalisierung**
hier hat der **Staat** etwas **mehr Einfluss**, die zentralen Bereiche des Mediensystems werden reguliert (zB Mit-Finanzierung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks) und somit die **Vielfalt** und **ausgeglichene Chancen** zum Zugang zu den Medien geschaffen -> Funktionen und Leistungen der Massenmedien im Sinne des **Gemeinwohls** werden gewährleistet.
Problem: mögliche Einflussnahme durch Parteien und Staat

Der Staat ist ein Akteur (neben anderen) in der Medienpolitik. Politik, Staat, Ökonomie und Medien stehen in einem **Spannungsverhältnis** (die Veränderung eines Bereiches hat Auswirkungen auf alle andern) dies muss bei der Analyse beachtet werden -> Notwendigkeit einer **interdisziplinären Analyse**.